



Zürich, 22. November 2019

Medienmitteilung

Polizei soll bei Meldungen Nationalität angeben

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit befürwortet den Gegenvorschlag (Vorlage 5543) des Regierungsrates zur kantonalen Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» einstimmig. Kritische Stimmen in der Kommission folgten dem Gegenvorschlag, weil das Initiativkomitee in Aussicht gestellt hat, bei einer Zustimmung des Kantonsrates zum Gegenvorschlag die Volksinitiative zurückzuziehen. Die Volksinitiative wird abgelehnt.

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» sieht vor, dass die Polizei zukünftig Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Täterinnen und Täter, Tatverdächtigen und Opfer bekannt gibt, sofern keine Gründe des Persönlichkeitsschutzes dagegen sprechen oder die Gefahr besteht, dass die Personen identifiziert werden. Auf eine Nennung eines allfälligen Migrationshintergrunds wird verzichtet.

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit war sich mehrheitlich einig darüber, dass es durchaus im öffentlichen Interesse ist, zu erfahren, welche Staatsbürgerschaft Personen haben, die in Verdacht stehen, strafrechtlich in Erscheinung getreten zu sein. Sie beantragt deshalb dem Kantonsrat, dem Gegenvorschlag des Regierungsrates zuzustimmen.

Die Nennung von Alter, Geschlecht und Nationalität entspricht auch den Empfehlungen der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS). Mit ihrem Entscheid befürwortet die Kommission eine einheitliche Lösung für alle Polizeikorps des Kantons Zürich.

Keine Zustimmung fand die Volksinitiative. Sie fordert, dass bei Polizeimeldungen Alter, Geschlecht und Nationalität bekannt gegeben werden müssen. Zusätzlich soll auf Anfrage auch ein Migrationshintergrund bekannt gegeben werden, soweit die Information verfügbar ist.

Kritiker der Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen stimmten in der Kommission dem Gegenvorschlag zu, weil die Initianten bei einer Annahme des Gegenvorschlags einen Rückzug der Initiative in Aussicht gestellt haben.

Kommissionspräsident:

Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53 (erreichbar von 9-16 Uhr)